



MATERIAL

**Finanzierungsmöglichkeiten
der kommunalen
Entwicklungszusammenarbeit**

Dokumentation vom 19.06.2006

Nr. 21

Impressum:

Herausgeber:

InWEnt gGmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn

Fon ++49/228/4460-1 600, Fax++49/228/4460-1 601,

info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 21

Projektleitung: Michael Gräf

Texte: Ulrich Held

Redaktion: Sarah Erickson-Muschko, Ulrich Held, Ulrich Nitschke

Fotos: Karin Blüher

Titelgestaltung: Stefanie Ellwanger, Grafik Design

Druck: Druckhaus Süd, Köln

100% Recyclingpapier

Bonn, September 2006

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers

*„Finanzierungsmöglichkeiten der kommunalen
Entwicklungszusammenarbeit“
Dokumentation der Fachtagung vom 19.06.2006 in Hannover*



Inhalt

1. Vorwort	7
2. Einleitung	9
3. Die Fachtagung: Finanzierungsmöglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit	
3.1. Begrüßung durch Herrn Dr. h.c. Herbert Schmalstieg Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover	10
3.2. Begrüßung durch Herrn Ulrich Nitschke, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH	12
3.3. EU-Förderpolitik der Europäischen Union im Bereich kommunaler (Entwicklungs-) Zusammenarbeit	15
3.4. Besuch der Millennium-Gates in Hannover	18
Praxisbeispiele:	
3.5. Rest-Cent-Aktion für Nord-Süd-Partnerschaft Hamburg-León	21
3.6. Deutsch-italienische Dreieckspartnerschaft mit einer kambodschanischen Kommune, ko-finanziert durch die EU, beraten durch die Konrad-Adenauer-Stiftung	23
3.7. „Lüneburger Paten. Wir helfen Südasien“	26
3.8. Ende der Fachtagung: Lessons learned	29
3.9. Danksagung	31
Anlagen:	
1. Programm der Fachtagung	32
2. Kurzprofile der Referent/Innen	33
3. Liste der Teilnehmer/Innen	34
Publikationen	35
Über uns	38

1. Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Entwicklungszusammenarbeit ist heute eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe.

Aus diesem Grund sind auch deutsche Kommunen entwicklungspolitisch aktiv, etwa durch entwicklungspolitische Bildungsarbeit oder den Aufbau lebendiger Städtepartnerschaften mit den Ländern des Südens und Ostens. Bereits 630 Städtepartnerschaften bzw. kommunale Projektpartnerschaften gibt es mit Entwicklungs- und Transformationsländern und 21 deutsche Kommunen haben die „Millenniumserklärung der Kommunen“ des Weltrates der Kommunen unterzeichnet und damit einen eigenen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen zugesichert.

Doch viele deutsche Kommunen fragen: Wie können wir uns eigentlich international engagieren, wenn für die Kernaufgaben zu Hause kaum ausreichende Ressourcen vorhanden sind? Wie vereint man den Anspruch, einen Beitrag zur Entwicklung leisten zu wollen, mit dem die finanzielle Wirklichkeit in den Kommunen?

Um diese Fragen zu beantworten, hat die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH (SKEW) in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Hannover, dem Agenda 21-Büro Hannover und dem Regionalen Zentrum InWEnt Niedersachsen die Fachtagung „Finanzierungsmöglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ durchgeführt.

Hierbei galt es erstens ein Vorurteil abzubauen: Nämlich dass kommunale Entwicklungszusammenarbeit nur eine Frage des Geldes sei und angesichts knapper kommunaler Kassen in die Kategorie „unverantwortlicher Luxus“ falle. Geld ist nicht alles. Aber ohne Geld ist alles nichts. Darum galt es zweitens zu zeigen, dass es sehr wohl Wege gibt, wie die Finanzierung von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit auch bei knapper Kassenlage gelingen kann. Wie zentral dafür Kreativität und Vernetzung sind, wird in allen hier dokumentierten Beiträgen über Praxisbeispiele aus den Kommunen und Drittmittelinwerbung verdeutlicht.

Durch diese Dokumentation hoffen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wichtige Informationen zu liefern und Handlungsansätze näher zu bringen. Darüber hinaus steht Ihnen die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zu allen Fragen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit jederzeit gerne zur Verfügung.



Dr. h.c. Herbert Schmalstieg
Oberbürgermeister der Stadt Hannover



Ulrich Nitschke
Leiter der Servicestelle Kommunen
in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

2. Einleitung



Mit der hier dokumentierten Fachtagung „Finanzierungsmöglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ vom 19.06.2006 greift die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH zusammen mit der Landeshauptstadt Hannover eine zentrale praktische Frage der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit auf: Wie schaffen Kommunen die finanziellen Voraussetzungen, um Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit mit den Ländern des Südens und Ostens zu entfalten? Auf der Fachtagung haben Referent/Innen und Gäste mit Hilfe der Moderatorin Carola Schede gemeinsam Antworten auf diese Fragen gefunden.

Mit grundsätzlichen Ausführungen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit begrüßten zunächst die Veranstalter, Herr Oberbürgermeister Dr. h.c. Herbert Schmalstieg und Herr Ulrich Nitschke, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, die Teilnehmer/Innen der Fachtagung.

Sodann informierte ein Vortrag über die Chancen und Schwierigkeiten bei der Einwerbung von Fördergeldern der Europäischen Union. Die drei Praxisberichte aus Hamburg, Lüneburg und dem Rhein-Sieg-Kreis zeigten überdies vorbildliche, kreative Wege auf, eine Finanzierung kommunaler Entwicklungsprojekte sicherzustellen, ohne das kommunale Budget zusätzlich zu belasten.

Der Besuch der Ausstellung der Millennium-Gates, die zeitgleich in Hannover gastierte, vergegenwärtigte den Teilnehmer/Innen der Fachtagung nochmals die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen und mithin eine wesentliche Motivation, Entwicklungszusammenarbeit zu betreiben.

Die bei den verschiedenen Programmpunkten entstandenen Diskussionen sind in ihren Ergebnissen in die Darstellung in dieser Dokumentation eingeflossen. Zusammengefasst werden die wichtigen Erkenntnisse der Fachtagung in der Schlussbemerkung von Herrn Ulrich Nitschke.

3. Die Fachtagung: Finanzierungsmöglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

3.1. Begrüßung durch Herrn Dr. h.c. Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover



Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Herzlich willkommen in Hannover,
herzlich Willkommen im Rathaus.

Wir als Stadt und ich als Oberbürgermeister freuen uns, dass Sie als engagierte Vertreter von Kommunen und Nichtregierungsorganisationen unserer gemeinsamen Einladung mit InWEnt gefolgt sind.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Das Bewusstsein für gegenseitige Rücksicht und Achtung, aber besonders auch von einem gerechten Welthandel und gemeinsamen Anstrengungen für den Umweltschutz sind uns als Stadtverwaltung und auch dem Rat der Stadt in seiner Arbeit sehr wichtig.

Die notwendigen Veränderungen entstehen nur durch viele kleine Schritte im Alltag.

Also hier auf kommunaler Ebene. Vieles muss ins Bewusstsein der Menschen gelangen und gelebt werden und lässt sich nicht allein auf Weltkonferenzen beschließen.

Tatsächlich tut Hannover im durch die Haushaltszwänge eingeschränkten Rahmen sein Möglichstes, um eigene Beiträge im Sinne der Nachhaltigkeit und der Entwicklungszusammenarbeit zu leisten.

Partnerschaften, wie die zu Blantyre in Malawi oder das Klimabündnis mit den indigenen Völkern Südamerikas bestehen bereits seit Jahrzehnten und werden von uns durch eigene Aktivitäten und gegenseitige Besuche kontinuierlich mit Leben erfüllt.

Es geht uns dabei um gegenseitige Verständigung und direkte Hilfe wo uns dies möglich ist.

Ziel ist aber auch durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die Bewusstseinsbildung bei unserer städtischen Bevölkerung und bei unserem kommunalen wirtschaftlichen Handeln hin zur gemeinsamen Verantwortung für diese Welt zu wecken und zu stärken.

Motor und Hauptkommunikator neben den engagierten Initiativen und Einzelpersonen in Hannover ist dafür unser Agenda 21-Büro.

Schon seit 10 Jahren treiben wir damit den lokalen Diskurs zur Umsetzung der Ziele der Agenda

21 voran und beleben die nationale und internationale Diskussion mit unseren Praxisbeispielen.

Wir meinen nicht, dass wir damit unsere Schuldigkeit getan hätten und lehnen uns zurück. Es bleibt immer unbefriedigend, wie wenig wir als einzelne Stadt ausrichten können.

Viele Veränderungen brauchen abgestimmte nationale oder noch besser internationale Anstrengungen und Vorgaben.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten sehen wir uns aber auf gutem Weg und hoffen auch durch Ihre Veranstaltung noch weitere Anregungen zu bekommen, damit wir noch besser werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung einen guten Verlauf und kreative neue Ideen.

Abschließend möchte ich auf die UN-Millennium-Gates hinweisen, die noch bis morgen auf dem Georgsplatz zu besuchen sind.

Es freut uns sehr, dass diese Präsentation jetzt, wo wir zur Fußball-Weltmeisterschaft ungleich mehr Gäste aus aller Welt als sonst zu Gast haben, bei uns in Hannover zu sehen ist.

3.2. Begrüßung durch Herrn Ulrich Nitschke, Leiter Servicestelle Kommunen in der Einen Welt



Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Schmalstieg,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste aus den developmentpolitisch engagierten Kommunen,

auch ich begrüße Sie ganz herzlich. Es ist mir eine große Freude heute in der Niedersächsischen Landeshauptstadt mit Ihnen allen zusammen zu treffen.

Ich bin heute zugleich Veranstalter und Gast. Und als Gast möchte ich zunächst der Stadt Hannover, unseren Ansprechpartnern aus dem Oberbürgermeisterbüro und vom Agenda-21 Büro und natürlich ganz besonders Herrn Dr. Schmalstieg für das zukommende und großzügige Angebot danken, unsere Fachtagung in diesem ehrwürdigen Rathaus durchzuführen.

Die Stadt Hannover ist nicht erst seit der Expo 2000 ein Magnet und eine exzellente Adresse für international beachtete Messen und Events aus Wirtschaft und Kultur. Hannover tut sich zudem durch internationales Engagement in Fragen der Nachhaltigkeit und Entwicklung hervor: Ich will nur die Mitgliedschaft im ICLEI / Klimabündnis „Local Governments for Sustainability“ und die zahlreichen auf Frieden und Entwicklung zielenden Städtepartnerschaften etwa mit Hiroshima/Japan und Blantyre/Malawi hervorheben. Ich hoffe, dieses internationale Flair wird auch unsere kleine Veranstaltung heute beflügeln.

Es ist für uns eine Ehre, dass Sie sich, lieber Herr Schmalstieg, trotz Ihres wahrscheinlich überbordenden Terminkalenders für uns Zeit genommen haben. Sie haben sich schon immer für das kommunale Engagement, für die lokalen Lösungen in der Entwicklungszusammenarbeit stark gemacht, nicht nur in Hannover, sondern auch in kommunalen Verbänden und Netzwerken. Für ihre kritischen Anmerkungen und Anregungen danken wir Ihnen sehr herzlich.

Wie bereits in Ihrer Rede anlässlich der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen in Magdeburg 2004 sind Sie auf die finanziellen Rahmenbedingungen für das developmentpolitische Engagement der Kommunen eingegangen. Damals haben Sie es als Dilemma bezeichnet, dass im Bundeshaushalt für die Unterstützung der Kommunen in dieser Frage keine Mittel vorgesehen sind. Dieses Dilemma existiert nach wie vor und ist auch ein Anlass dieser Fachtagung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Veranstalter dieser Fachtagung zu Finanzierungsmöglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit möchte ich Ihnen kurz noch etwas zu unserer Motivation und unserem

Auftrag berichten.

Die *Servicestelle Kommunen in der Einen Welt* hat nach der schrecklichen Tsunami-Katastrophe bereits im Januar 2005 eine *Servicestelle Partnerschaftsinitiative* eingerichtet, um den vielen deutschen Hilfsinitiativen beratend zur Seite zu stehen, für sie nachhaltige Projekte in der Katastrophenregion zu suchen und den Kontakt zu geeigneten Partnerkommunen und verlässlichen Projektträgern zu vermitteln. Die Servicestelle führt diese Arbeit bis heute zusammen mit dem AA und dem BMZ im Auftrag der Bundesregierung durch. Auch viele von Ihnen haben uns im Rahmen der Partnerschaftsinitiative kennen gelernt.

Die Bilanz nach fast eineinhalb Jahre ist ermutigend:

- Knapp 1400 Hilfsangebote verschiedenste Art sind bei uns eingegangen, über 300 Projekte wurden auf den Weg gebracht, die meist mehrere Hilfsangebote bündeln.
- Die Hilfe vieler deutscher Kommunen leistet in Tamil Nadu, in Banda Aceh und an den Küsten Sri Lankas einen guten Beitrag zum Wiederaufbau.
- Die Wiederaufbauprojekte in Kooperation mit zahlreichen lokalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen und Organisationen wie dem THW und der GTZ finden oft im Rahmen von Projektpartnerschaften mit den betroffenen asiatischen Kommunen statt, aus denen nach den gemeinsamen Projekten auch längerfristige Städtepartnerschaften erwachsen können.
- In unseren Kommunen ist die Sensibilität für Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und auch die entwicklungspolitische Bildung spürbar gewachsen.
- Die Partnerschaftsinitiative hat deutlich gemacht, dass Kommunen potentielle Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind.

Im vergangenen April haben sich die Akteure der Partnerschaftsinitiative der Bundesregierung in Bangkok zur Abstimmung über die nun anstehenden Notwendigkeiten ausgetauscht. Allen Beteiligten ist klar:

1. Es wird keine weiteren Spendenaufrufe für die Flutopferhilfe im Tsunamigebiet geben und es werden auch kaum neue Projekte hinzukommen.
2. Die nun laufenden Projekte müssen auf ein sicheres Fundament entwicklungspolitischer Zusammenarbeit gesetzt werden: Es hat also für uns die Stunde der Projektberatung und des Projektmonitoring geschlagen: und ein ganz wichtiger Teil dessen ist die Finanzberatung.

Auch über die Tsunamihilfe hinaus gilt: Vor und während jedes Vorhabens der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ist die Frage der Finanzierbarkeit essentiell. Sie entscheidet nicht selten über die Entstehung oder Fortführung der internationalen Zusammenarbeit. In unseren oft verschuldeten Kommunen ist die Geldfrage ein Hindernis für das kommunale Engagement in der EZ. Das ist klar. Ohne Geld geht also vieles nicht, aber, das möchte ich sogleich betonen, Geld ist nicht alles und erst recht kein Maßstab für den Erfolg in der Entwicklungszusammenarbeit. Ideen und Konzepte, Kreativität und besonders der feste Wille, wirklich etwas zu bewegen, sind wichtiger als Geld. Vielleicht kommen wir in den folgenden Diskussionen nochmals auf dieses Thema zu sprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Finanzierung kommunaler EZ ist nicht einfach. Konzepte und Kreativität sind auch bei der Akquirierung von Mitteln für Entwicklungsprojekte und kommunale Partnerschaften gefragt: Ich freue mich, dass wir für Sie heute Referenten gefunden haben, die Ihnen kreative Beispiele vorstellen werden, auf die es kein Copyright gibt, die sich zum nachmachen eignen: Partner-

schaften im Verbund mit anderen deutschen bzw. europäischen Kommunen, Restcent-Aktionen, moderne Sponsoring-Kampagnen etc.

Darüber hinaus haben wir glücklicherweise einen Referenten, Herrn Stüber von MCON Dieter Meyer Consulting, gewonnen, der über Förderprogramme der Europäischen Union und der Bundesregierung informieren wird und uns bestimmt auch einige praktische Tipps beim Umgang mit den komplexen Antragsverfahren gibt.

Zur Finanzierung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit können auch die verschiedenen Partner beitragen: die Nichtregierungsorganisationen und auch die Partnerkommunen im Süden.

Aus Gründen der Fachkompetenz wie der Finanzierung ist es in jedem Fall sinnvoll, in einigen Fällen sogar unerlässlich, wenn sich Kommunen mit international erfahrenen Nichtregierungsorganisationen, Kirchen oder Stiftungen für die Projektarbeit zusammentun. Zusammen können sie Ziele erreichen, die für den jeweils einzelnen Projektpartner nicht zu greifen wären. Diese Partnerorganisationen haben auch nochmals andere Möglichkeiten der Projektfinanzierung. Vernetzung ist ein Weg zum Erfolg in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Meine Damen und Herren,

am Nachmittag werden wir uns auch die Millennium-Gates, die zur Zeit in Hannover gastieren, ansehen. Übrigens ein weiterer Beweis für das Engagement Hannovers. Frau Christiane Becker von InWEnt wird uns zu den Gates führen und sie erklären. Auch Sie, liebe Gäste, können die Gates in Ihre Kommune holen. Sprechen Sie mich bzw. Frau Becker hierfür einfach später an.

Die Gates beziehen sich auf die Millenniumsentwicklungsziele und erinnern uns heute nochmals an die globalen Probleme, die Entwicklungszusammenarbeit notwendig machen. Extreme Armut, Hunger und Krankheit gilt es zu bekämpfen. Mit den Millenniumsentwicklungszielen setzen sich die Staaten der Vereinten Nationen messbare und zeitgebundene Ziele, an deren Erreichung nicht nur die multilateralen Organisationen und Regierungen, sondern auch die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft und die verschiedenen Verwaltungsebenen mitwirken sollen.

Damit Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit die ihnen angemessene Rolle übernehmen können, müssen allerdings Bund und Länder noch helfen: Und zwar in Beratungs- wie in Finanzierungsfragen.

Liebe Gäste, Frau Carola Schede vom NDR wird uns nun als kompetente Moderatorin durch den Tag geleiten. So bleibt mir zunächst nur noch, uns allen nun einen anregenden und informativen Tag mit vielen interessanten Diskussionen zu wünschen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

3.3. Kommunale (Entwicklungs-)Zusammenarbeit und Möglichkeiten aus den Förderinstrumenten der Europäischen Union



Vorgestellt von **Marco Stüber**, Senior Berater bei der MCON Dieter Meyer Consulting GmbH, Oldenburg

Nach einer kurzen Einführung in die Ziele europäischer Entwicklungspolitik steckt Herr Stüber den engen Rahmen ab, innerhalb dessen sich die Möglichkeiten der EU-Förderpolitik zugunsten der kommunalen Zusammenarbeit bewegen.

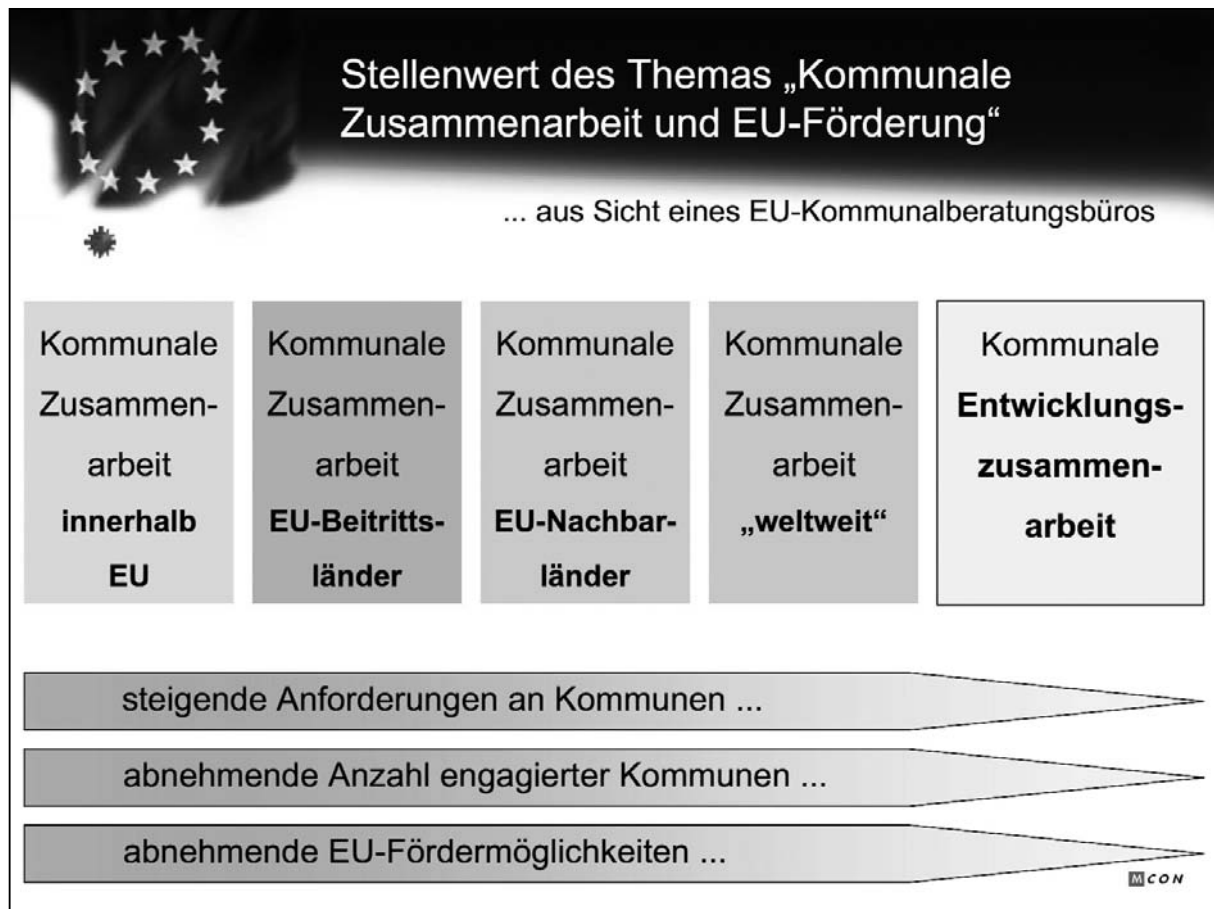
- Im Jahr 2005 hatten die externen Politikbereiche Außenbeziehungen, Entwicklung und Humanitäre Hilfe im EU-Gesamthaushalt einen Anteil von 4,5%. Davon wiederum ist nur ein Teil für Förderprogramme vorgesehen.
- Die Förderinstrumente unterscheiden sich je nach „Ländergruppe“ in Umfang, Anzahl und Umsetzungsart und werden für Kommunen tendenziell schwieriger wahrnehmbar, je weiter sich die „Ländergruppen“ von der EU weg befinden.

Doch bestehe kein Grund, sich entmutigen zu lassen. Es gibt gute Beispiele für die EU-Förderung kommunaler Zusammenarbeit. Im wesentlichen existieren zwei Arten der Umsetzung von EU-Programmen:

1. Programme mit transnationaler thematischer Schwerpunktsetzung, deren Mittelvergabe i.d.R. zentral durch die EU erfolgt: Die Beantragung von Mitteln für eigens entwickelte Kooperationsprojekte, z.B. zwischen Kommunen aus verschiedenen Ländern, erfolgt i.d.R. als Reaktion auf „Aufrufe zur Projekteinreichung“ mit festgelegten Antragsfristen.
2. Programme mit nationaler Schwerpunktsetzung: Die meisten EU-Mittel werden über die Nationalstaaten eigenverantwortlich in enger Abstimmung mit der EU vergeben. Dies erfolgt im Rahmen unterschiedlichster inhaltlich und geographisch ausgerichteter Programme. Ihre Umsetzung im externen Politikbereich (zugunsten von Nicht-EU-Staaten) erfolgt zumeist durch Ausschreibungen, z.B. von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen. Diese Projekte sind durch die Ausschreibung vorgezeichnet, d.h. hier geht es nicht um eigene Projektentwicklungen. Kommunen müssen bereits im Vorfeld von Ausschreibungen ansetzen und Kontakt zu den regionalen und nationalen Stellen vor Ort aufbauen, die die nationalen EU-Programme verwalten.

Für die einzelnen Ländergruppen bedeutet dies folgendes:

Ebene „EU-Mitgliedsländer“: Hier gibt es ein explizites EU-Förderprogramm „Städtepartnerschaften“ für entsprechende kommunale Aktivitäten. Darüber hinaus können sich Kommunen prinzipiell an den „ganz normalen“ Programmen der EU zur Förderung transnationaler Kooperationsprojekte beteiligen. Am umfangreichsten findet kommunale Zusammenarbeit im Rah-



men der INTERREG A-C Programme statt. Einige wenige dieser EU-Programme haben auch „Drittland-Komponenten“, die eine Kooperation mit einem Land außerhalb der EU ermöglichen, z.B. in der Jugendförderung der EU.

Ebene „EU-Beitrittsländer“ (Kandidatenländer wie Türkei, Kroatien, etc.): Ab 2007 werden die jetzt noch bestehenden Programme für die mittel- und osteuropäischen Länder (PHARE, SAPARD, ISPA) und für die Balkanländer (CARDS) in das neue Programm IPA (Instrument for Pre-accession Assistance; Laufzeit 2007 – 2013; Budget 11,565 Mrd. €) aufgehen. Die Vergabe erfolgt weitestgehend durch die jeweiligen Länder. Es steht noch nicht fest, ob in den Programmen Ansätze für eine Förderung transnationaler kommunaler Zusammenarbeit erkennbar sein werden. Über IPA hinaus dürfen einige Kandidatenländer bereits teilweise an den „normalen“ EU-Förderprogrammen (s.o.) teilnehmen.

Ebene „Nachbarländer“ (ehem. GUS-Staaten, Mittelmeerländer, etc.): Die bis 2006 laufenden „Dachfonds“ MEDA und TACIS fördern sowohl nationale Programme als auch transnationale Kooperationsprojekte. Kommunale Zusammenarbeit wurde beispielhaft durch die Kooperationsprogramme „TACIS City Twinning“ und „TACIS IBPP“ unterstützt: So konnte die Stadt Emden der russischen Stadt Archangelsk beim Aufbau von Altenpflegestrukturen helfen, wobei ca. 80% aus EU-Mitteln finanziert wurde. Ab 2007 erfolgt eine Bündelung der bisherigen Programme in das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENPI; Laufzeit 2007–2013; Budget: 11,967 Mrd. €). Die meisten ENPI-Mittel werden über nationale Programme umgesetzt, wahrscheinlich werden erneut explizite Programme und Aufrufe für Kooperationsprojekte erfolgen.

Ebene „weltweit“ (diverse Industrie- und Schwellenländer): Hier existieren mehrere EU-Kooperationsförderprogramme, insb. für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese Programme sind nur bedingt von Relevanz für die kommunale Ebene. Spezielle Aufrufe sind aber relevant, z.B. „Asia Pro Eco“ mit dem Sonderaufruf „Post-Tsunami-Programm“, in dessen Rahmen z.B. die Stadt München in Sri Lanka Wasser- und Sanitärinfrastruktur mit aufbaut. Das abgeschlossene Programm „Asia-Urbs“ förderte explizit kommunalpartnerschaftliche Projekte mindestens zweier EU-Kommunen und einer Kommune aus einem Drittland (Bsp.: Mannheim und Toulon/Frankreich mit Qingdao/China oder Rhein-Sieg-Kreis und Spoleto/Italien mit Battambang und Siem Reap/Kambodscha). Die bisher bestehenden Programme werden voraussichtlich 2007 in das Rahmenprogramm DCECI (Development Cooperation and Economic Cooperation Instrument) aufgehen. Die Förderung von Kooperationsprojekten ist weiterhin wahrscheinlich.

Ebene „Entwicklungszusammenarbeit“ (Entwicklungsländer, insb. Afrika-Karibik-Pazifik): Es gibt derzeit kein EU-Programm, das explizit die kommunale Entwicklungszusammenarbeit fördert. Jedoch gibt es relevante Programme und Projektförderungen im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), die für Kommunen offen sind und die eine Kontaktaufnahme zu den zuständigen Stellen erfordern. Mit verschiedenen Instrumenten (Projektzuschüsse, Darlehen für den Privatsektor und Risikokapital) werden hier vielfältige Bereiche, von Bildung und Gesundheit bis hin zur Demokratieförderung, unterstützt. Die Abwicklung erfolgt meist über Ausschreibungen von Bau- und Dienstleistungsaufträgen. Vereinzelt gibt es auch thematische Programme mit konkreten Aufforderungen zur Projekteinreichung, z.B. das Programm „EU-AKP-Wasserfazilität“. Hier haben sich auch schon EU-Kommunen als Projektpartner und Kofinanzierer engagieren können.

Für die vielen EU-Programme, die ab 2007 starten, gibt es durchaus Tendenzen, kommunaler Entwicklungszusammenarbeit einen größeren Stellenwert einzuräumen.

Wer sich auf eine Ausschreibung oder einen Aufruf zur Projekteinreichung bewerben will, sollte sich a) genau mit den Programmen auseinandersetzen, b) mit erfahrenen Kommunen oder Organisationen Kontakt aufnehmen, c) Kontakte vor Ort entwickeln zu Projektpartnern/ Partnerkommunen und programmverwaltenden Stellen und/oder d) professionelle Beratung einholen, die von diversen Beratungsfirmen angeboten wird.

Fragen Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt!

Links:

- Generaldirektion Entwicklung: http://ec.europa.eu/comm/development/index_en.htm
 - Amt für humanitäre Hilfe (ECHO): http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm
 - EuropeAid: http://ec.europa.eu/comm/europeaid/index_de.htm
 - Europäische Nachbarschaftspolitik: http://ec.europa.eu/world/enp/index_en.htm
 - Ausschreibungsdienst TED: <http://ted.europa.eu/>
 - AKP-Staaten: http://ec.europa.eu/comm/development/body/country/country_en.cfm
 - EU-Delegationen in den Nicht-EU-Ländern:
http://ec.europa.eu/comm/external_relations/delegations/intro/web.htm
-

3.4. Besuch der Millennium-Gates in Hannover



Führung von **Christiane Becker**, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Während der Fußballweltmeisterschaft hat Hannover als Austragungsort einiger Fußballpartien die Millennium-Gates auf dem Georgsplatz (zwischen Neuem Rathaus und Hauptbahnhof) installieren lassen. Damit erreicht die Landeshauptstadt mit Hilfe von kulturellen Begleitprogrammen die Aufmerksamkeit der Hannoveraner wie der internationalen WM-Pilger auf die Gates und das Thema Entwicklungszusammenarbeit.

Millennium-Gates. Was ist das?

Die Millennium-Gates sind eine mobile Installation, konstruiert von dem italienischen Architekt Luca Cipelletti. Sie bestehen aus 8 stilisierten Figurenpaaren, die jeweils mit einem Banner verbunden sind, unter dem man hindurchgehen kann. Alle „Tore“ thematisieren eines der 8 Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals - MDGs) der Vereinten Nationen: das Querbanner benennt das Ziel, die an den Figuren angebrachten Vertikalbanner geben hierzu passende Aussagen von bekannten Persönlichkeiten sowie Stimmen der Armen wieder. Damit symbolisieren sie die Partnerschaft von Menschen aus reichen und armen Ländern, die notwendig ist, um die MDGs zu erreichen.



Die Erreichung der MDGs

Mit den MDGs haben die Staaten der Vereinten Nationen (VN) unmissverständlich klar gestellt, dass der Kampf gegen Armut, Krankheit und Chancenlosigkeit eine der zentralen Aufgaben des 21. Jahrhunderts ist. Denn nur mit nachhaltigen Entwicklungsfortschritten besteht Hoffnung auf ein friedliches Jahrhundert.

Daher haben die VN messbare, termingebundene Ziele benannt, für deren Erreichung alle Nationen – Industrieländer ebenso wie Entwicklungs- und Transformationsländer – in der Pflicht stehen. Auch die Wirtschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen und Verwaltungsebenen, in Deutschland die Bundesländer und Kommunen, sind aufgerufen, im partnerschaftlichem Geist

Aktivitäten zu entfalten, um bei der Erreichung der Ziele mitzuwirken. Entwicklungszusammenarbeit ist heute eine internationale und gesamtgesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe.

Die Millennium-Gates in deutschen Städten

Die Millennium-Gates touren im Rahmen der UN-Millenniumskampagne durch Europa und, seit dem Sommer 2005, auch durch Deutschland. Die Kampagne soll die MDGs bei der breiten Bevölkerung der Industriestaaten bekannt machen und sie auch motivieren, durch bewusstes Konsumverhalten, gesellschaftliches Engagement und durch ihre demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten auf das Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele in ihrem direkten Umfeld und in ihrem Land hinzuwirken.

Die Millennium-Gates wurden schon in über 15 deutschen Städten installiert. Damit betreiben diese Kommunen entwicklungspolitische Bildungsarbeit und zeigen, dass sie zur Erreichung der MDGs beitragen wollen. Die Millennium-Gates tragen dazu bei, kommunale Veranstaltungen interessanter und attraktiver fürs Publikum zu gestalten und das Image der Stadt positiv zu prägen. Es besteht für die Städte auch die Möglichkeit, ihr eigenes internationales Engagement, seien es Projektpartnerschaften mit Kommunen in Entwicklungsländern oder beispielsweise Maßnahmen für das faire Beschaffungswesen, anlässlich der Installation der Gates zu präsentieren und für die Unterstützung dessen in der Bevölkerung zu werben.

Einige der deutschen Städte, bei denen die Gates zu Gast waren, haben auch die „Millenniumserklärung der Kommunen“ (Peking 2005) des Weltrates der Kommunen unterzeichnet und damit ein international sichtbares Zeichen ihrer Solidarität mit den Armen gesetzt.

Millenniumsentwicklungsziele*

1. Halbierung des Bevölkerungsanteils der extrem Armen und Hungernden bis 2015**
2. Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung bis 2015**
3. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in Bildung, Beruf und Politik
4. Senkung der Kindersterblichkeitsrate um 2/3 bis 2015**
5. Senkung der Müttersterblichkeitsrate um 3/4 bis 2015**
6. Bekämpfung der Krankheiten HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten
7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und Halbierung der Anzahl der Menschen ohne nachhaltigen Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Versorgung bis 2015**
8. Aufbau eines offenen und regelgestützten Welthandels- und –Finanzsystems, Sicherstellung der Mittel zur Entwicklungsfinanzierung und Erreichung einer nachhaltigen Schuldentragfähigkeit in den Entwicklungsländern

*Gekürzt: MDGs greifen in 18 Zielvorgaben und 48 Indikatoren konkrete Forderungen der VN-Konferenzen der 1990er Jahre wieder auf.

** Bezugsjahr ist 1990.

Wie kommen die Gates in Ihre Kommune?

Die VN-Millenniumskampagne in Deutschland, geleitet von Frau Dr. Renée Ernst, bringt die Gates mit Hilfe der Servicestelle Kommunen in der einen Welt/InWEnt gGmbH und dem Deutschen Städtetag in Ihre Kommune.

Die Servicestelle ist Ansprechpartner, wenn es um Kontaktmanagement zu den Veranstaltern, Terminkoordination, Logistik sowie inhaltliche Beratung bezüglich eines Rahmenprogramms für die Aufstellung der Millennium-Gates geht.

Da der Transport der Gates, ihr Auf- und Abbau und ihre Versicherung im Durchschnitt etwa 7.000 € pro Installation kosten, wirbt die Servicestelle auch Sponsorengelder ein, damit den Kommunen ihr Engagement nicht so teuer zu stehen kommt. Die Ansprache lokaler Wirtschaftsvertreter ist hierbei sehr hilfreich. Mit Erfolg hat die Servicestelle bereits einige Sponsoren wie Deutsche Telekom, Scandlines und Henkel gewinnen können, um die Kosten zu senken. Auf den Vertikalbannern der Gates ist auch Platz für die Werbung der Sponsoren.

3.5. Rest-Cent-Aktion für Nord-Süd-Partnerschaft Hamburg-León



Vorgestellt von **Heidrun Herrmann**, Vorsitzende des Freundeskreises León-Hamburg e.V. und **Wolfgang Grätz**, Leiter des Referats Entwicklungspolitik, Senatskanzlei Hamburg

Seit 1989 existiert die Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und León in Nicaragua. Der hierfür zuständige Nicaragua-Koordinationskreis Hamburg ist in den frühen 1990er Jahren auf die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für Entwicklungsprojekte gegangen und wurde fündig: Die Rest-Cent-Aktion, die in Köln erstmals entwickelt wurde, versprach den finanziellen Spielraum zu erweitern. 1993 wurde die Aktion dem Hamburger Senat unterbreitet.

Die Idee der Rest-Cent-Aktion:

Auch Spenden in der Höhe von Centbeträgen sind ein wichtiger entwicklungspolitischer Beitrag, zumindest wenn viele mitmachen. Auf Grundlage dieser Erkenntnis rief der damalige Erste Bürgermeister 1996 die (aktiven und Ruhestands-) Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg auf, vom eigenen Monatseinkommen die Pfennig-, heute Centbeträge, hinterm Komma zu spenden. Alle Spenden, so wurde es vereinbart, sollten der Partnerstadt León zu Gute kommen.

Zur zweckgemäßen Verwendung der Spendengelder gründeten die Initiatoren der Aktion in enger Abstimmung mit der Senatskanzlei den Verein „Freundeskreis León-Hamburg e.V.“ Der Verein besteht aus ehrenamtlich tätigen Mitgliedern, von denen die Mehrzahl im Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg stehen und die innerhalb und außerhalb ihres dienstlichen Wirkungskreises dafür werben, zusätzliche Unterstützer zu gewinnen.

Im Jahr 2006 beteiligen sich ca. 27.000 (knapp 20 %) der aktiven und ehemaligen Bediensteten der Hansestadt an der Aktion. Monatlich werden rund 13.500 Euro eingenommen. Seit Beginn der Aktion beläuft sich die Spendensumme auf ca. 1 Mio. Euro.

Die Spender erteilen ihrer Personalabteilung einen Überweisungsauftrag, der als Formular auch im Intranet zur Verfügung steht. Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten den Vordruck mit einem Info-Flyer bei der Einstellung von der Personalabteilung. Durch jährliche Rund-Mails erhalten alle Beschäftigten Berichte über den Fortgang der Spendenaktion und der Projekte.

Die Projekte mit der Partnerstadt León:

Mit dem Bürgermeister von León wurde vereinbart, dass die Spendeneinnahmen von 1996 an bis auf weiteres prioritär für die Verbesserung der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung der Stadt verwendet werden sollen. Derzeit werden auch zwei Kinderprojekte unterstützt.

Das Vorgehen der Projektfindung ist folgendermaßen: Das Bürgermeisteramt León schlägt dem Freundeskreis neue Projekte vor und stimmt sie mit ihm ab. Vor Abschluss der ausgearbeiteten Projektvereinbarung holt der Freundeskreis die Zustimmung der Senatskanzlei ein. Die Senatskanzlei hält die von den Spendern einbehaltenen Rest-Cent-Beträge treuhänderisch auf einem Verwahrkonto und gibt auf Anforderung des Freundeskreises entsprechend dem Projekt-

fortschritt Teilbeträge frei.

Der Freundeskreis überwacht die Projektabwicklung in León anhand regelmäßiger Zwischenberichte der örtlichen Projektleitung. Er trägt gegenüber den Spendern und der Senatskanzlei die Verantwortung für die vereinbarungsgemäße Projektausführung und die ordnungsgemäße Verwendung der Projektmittel. Nach Abschluss eines Projekts übermittelt der Freundeskreis die Abrechnung der Projektleitung und den Bericht eines örtlichen Rechnungsprüfers zusammen mit einem eigenen Abschlussvermerk.

Erfolgsfaktoren:

Attraktiv für Spenderinnen und Spender ist das denkbar niedrigschwellige Engagement mit durchschnittlich 50 Cent im Monat. Eine große Spendergemeinschaft bildet sich am ehesten, wenn der Spendenzweck allen Angesprochenen plausibel gemacht werden kann – etwa bei einer vorhandenen Städtepartnerschaft oder einem bereits bekannten kommunalen Projekt der Entwicklungszusammenarbeit.

Als Land setzt Hamburg zwar auch eigene Haushaltsmittel für EZ-Projekte ein; die Rest-Cent-Spenden sollen öffentliche Mittel aber keinesfalls ersetzen, sondern werden zusätzlich für Projekte eingesetzt, die sonst keine staatliche Förderung erhalten.

Der Verwaltungsaufwand für die Kommune ist gering. Im automatisierten Bezügeabrechnungsverfahren werden die Spendenbeträge nach der Errechnung des Nettoverdienstes als Abzugsbetrag einbehalten und in der monatlichen Bezügeabrechnung ausgewiesen. In der Dezember-Abrechnung wird die Jahressumme ausgewiesen, eine besondere Spendenbescheinigung wird nicht erteilt. Der Programmieraufwand für die Einführung der Rest-Cent-Aktion ist einmalig und gering.

Die Rest-Cent-Aktion ist keine „Aktion der Dienststelle“ und somit nach dem (Hamburgischen) Personalvertretungsgesetz nicht mitbestimmungspflichtig. Die Hansestadt vermittelt lediglich die Logistik zwischen den spendenwilligen Beschäftigten und den Empfängern (Freundeskreis León-Hamburg und Stadt León).

Natürlich hängt der quantitative Erfolg der Hamburger Rest-Cent-Aktion auch damit zusammen, dass der öffentliche Dienst im Stadtstaat den kommunalen wie den Landesbereich abdeckt. Zu den Spendern gehören daher auch viele Lehrkräfte, Angehörige von Polizei und Justiz. Gleichwohl hat die Rest-Cent-Aktion auch Modellcharakter für mittelgroße Städte mit einer wesentlich geringeren Zahl von öffentlich Bediensteten. Die Stadtverwaltung kann dort den Ausgangspunkt und Kernbereich einer Rest-Cent-Aktion bilden, der sich private Unternehmen und nichtstaatliche Organisationen anschließen. Auch Mitarbeiter von privatwirtschaftlichen Unternehmen haben sich der Hamburger Rest-Cent-Aktion angeschlossen. Zwar werden je Unternehmen im Monat z.T. nur ein- oder zweistellige Euro-Beträge auf das gemeinsame Konto überwiesen, doch legen auch diese Spenderinnen und Spender Wert darauf, ihren Beitrag zu einer insgesamt ertragreichen Gemeinschaftsaktion zu leisten.

3.6. Deutsch-italienische Dreieckspartnerschaft mit einer kambodschanischen Kommune, ko-finanziert durch die EU, beraten durch die Konrad-Adenauer-Stiftung



Vorgestellt von **Hans Clasen**, Abteilungsleiter im Schulamt für den Rhein-Sieg-Kreis

Am Anfang stand ein politisches Versprechen: Eine kambodschanische Delegation, organisiert von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), besuchte den Rhein-Sieg-Kreis, um mehr über dezentrale Verwaltungsstrukturen und Elemente der Bürgerbeteiligung in deutschen Kommunen zu erfahren. Die Gastgeber des Rhein-Sieg-Kreises versprachen, gerne behilflich zu sein, wenn die Gäste, hochrangige Vertreter aus verschiedenen Ministerien, kommunale Verwaltungsreformen anstoßen wollten. Nur kurze Zeit danach erreichte den deutschen Landkreis tatsächlich die Bitte um Unterstützung: Es ging um nichts weniger, als in dem zentralisierten und von Korruption überdurchschnittlich heimgesuchten Kambodscha, exekutive und finanzielle Kompetenzen auf die kommunale Ebene zu verlagern, einen bürger-nahen Service aufzubauen und kommunale Entscheidungen transparent und partizipativ zu gestalten.

Partner finden, Beratung einholen, Finanzierung planen:

Nachdem diese Bitte entgegengenommen wurde, begann mit maßgeblicher Hilfe der KAS die Ausarbeitung eines Projektes, die Suche nach weiteren Partnern und die Planung einer tragfähigen Finanzkonstruktion. 2001 vernetzte die KAS den Rhein-Sieg-Kreis mit der italienischen Stadt Spoleto (Umbrien), die ebenfalls in Kambodscha aktiv sein wollte. Beide kommunalen Gebietskörperschaften bewarben sich bei der EU für eine Ko-Finanzierung ihres Projekts aus dem Programm „Asia Urbs“, das Twinning-Projekte in Asien förderte. Dank der professionellen Hilfe von BBJ-Consult, einem international agierenden und auf die Umsetzung von EU-Politiken und Förderprogrammen spezialisierten Beratungsunternehmen, hatte der Antrag bei der EU Erfolg. Ein wesentlicher Mosaikstein bei der komplexen Projektträgerstruktur war schließlich die Bereitschaft der Städte Battambang und Siem Reap, den beiden größten Städten Kambodschas nach der Hauptstadt, Phnom Penh, unter Zustimmung der Zentralregierung, sich auch finanziell selbst an der Umsetzung des Projektes zu beteiligen. So ergab sich folgende Leistungs- und Finanzstruktur:

- Konrad-Adenauer-Stiftung (Büro in Phnom Penh): Projektbetreuung, politische Koordination, administrative Infrastruktur und Ko-Finanzierung; Kosten = 72.000 €.
- Rhein-Sieg-Kreis: offizieller Vertragspartner der EU, Stellung eines „Projekt-Koordinators“, Entsendung von kommunalen Kurzzeitexperten (Anrechnung von Gehaltsanteilen. i. H. v. 115.000 €)
- Spoleto: Entsendung von kommunalen Kurzzeitexperten (Anrechnung von Gehaltsanteilen i. H. v. 93.500 €)
- Distrikte Battambang und Siem Reap: Ko-Finanzierung mit jeweils 9.000 €.
- Europäische Kommission: Ko-Finanzierung aus dem Asia-Urbs-Programm in Höhe von 750.000 €.

- BBJ Consult: Unterstützung bei der EU-Antragsstellung und Rechnungslegung, Projektevaluation und Entsendung von Kurzzeitexperten; Erbringung eines Ko-Finanzierungsanteils i. H. v. 6.000 €.

Weder dem Rhein-Sieg-Kreis, noch der Stadt Spoleto entstehen durch dieses Projekt Zusatzkosten im kommunalen Budget. Allerdings müssen beide jeweils Mitarbeiter zeitweise für die Projektarbeiten freistellen. Dieser Arbeitsausfall ist zumindest nach Aussagen des Landrates, Frithjof Kühn, gut zu verkraften, zumal sich das Nord-Süd-Projekt als das „erfolgreichste, kostengünstigste und spannendste Personalentwicklungsprojekt der Kreisverwaltung“ herausgestellt habe.

Konkrete Maßnahmen:

Gemeinsam haben die Träger der Dreieckspartnerschaft im Wesentlichen folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Aufbau je eines Bürger-Service-Büros, dessen Leistungen und Gebühren öffentlich bekannt gemacht worden sind.
- Schaffung der Stelle eines Ombudsmannes im Bürger-Service-Büro, der Anregungen und Beschwerden der Bevölkerung entgegennimmt.
- Aufbau je eines Arbeitsplatzvermittlungsbüros.
- Bildung von Distrikt-Räten, bestehend aus den Bürgermeistern und ihren Stellvertretern, die den Distrikt-Gouverneur beraten.
- Bildung eines Teams zur integrierten Entwicklungsplanung, die die Flächennutzung der betroffenen Distrikte planen und regelmäßig mit der Öffentlichkeit diskutieren.
- Schaffung von Konzepten zur Verlagerung weiterer Kompetenzen auf die kommunale Ebene und die Entwicklung einer eigenen kommunalen Finanzwirtschaft.

Die Bürgerbeteiligung und die Entwicklungsplanungskapazitäten sind in den kambodschanischen Distrikten durch das Projekt bereits merklich angestiegen.

Erfolgsfaktoren:

Ohne professionelle Beratung und Projektumsetzung funktioniert kein Entwicklungsprojekt, das den Anspruch der Nachhaltigkeit an sich stellt. Die Beantragung von EU-Mitteln erfordert für sich schon professionelle Beratung. Hier heißt es also: Partner finden! Geglückte Vernetzung, die hier besonders von der KAS vorangetrieben wurde, ergibt enorme Synergieeffekte bei der Finanzierung und steigert die Erfolgsaussichten des Projektes: der Partner für den EU-Antrag: BBJ-Consult; der Partner für die Projektumsetzung vor Ort: KAS; der Partner für kommunale Beratung und den gemeinsamen EU-Antrag: Spoleto.

Vorbildlich an dem Projekt des Rhein-Sieg-Kreises ist, dass die inhaltlichen und finanziellen Beiträge für alle beteiligten Partner auf die jeweiligen Möglichkeiten und Fähigkeiten zugeschnitten sind und niemanden überfordern. Um einen Kreistag oder ein Stadtparlament für ein solches groß angelegtes Projekt zu begeistern, ist der Ausschluss jeglicher finanzieller oder politischer Risiken wichtig. Überzeugend waren hier gewiss die breite Trägerstruktur und die Tatsache, dass die kommunalen Budgets nicht zusätzlich belastet wurden.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das entwicklungspolitische Projekt ist die Eigenverantwortung des Partners aus dem Süden. Indem die städtischen Distrikte Battambang und Siem Reap das Projekt mit Zustimmung der Regierung in Phnom Penh auch finanziell mitgetragen haben,

ist mit einem hohen Interesse am Gelingen des Projektes zu rechnen. Die Identifikation mit dem Projekt vor Ort lässt hoffen, dass dieser Entwicklungsweg trotz Hindernissen weiter beschritten wird.

Ausblick:

Der Rhein-Sieg-Kreis strebt einen erneuten Antrag bei der EU auf Fördermittel an. Viele relevante Förderinstrumente werden derzeit zwar neu konzipiert, doch durch die gute Vernetzung und Beratung hofft der Landkreis wiederum auf Erfolg.

In Kambodscha soll das bisherige Projekt fortgeführt und verbessert werden und weiterhin für eine Verlagerung von Kompetenzen auf die kommunale Ebene in Form von Pilotprojekten gewonnen werden. Der Erfolg der Maßnahmen lässt die zentralen Ministerien bereits jetzt überlegen, die neuen Errungenschaften in Battambang und Siem Reap flächendeckend einzuführen. Würde dies eintreten, hätte die kommunale Dreieckspartnerschaft mit ihren professionellen Mitträgern einen nationalen Demokratisierungsprozess in Kambodscha mit angestoßen.

3.7. „Lüneburger Paten. Wir helfen Südasien“



Vorgestellt von **Christoph Steiner**, Chefredakteur der Landeszeitung für die Lüneburger Heide

Am Anfang stand die Katastrophe: Der Tsunami überrollte Südasien am 2. Weihnachtstag 2004. Hunderttausende Menschen sterben, Millionen verlieren Haus und Hof und sind obdachlos.

Helfen, aber wie? Die Idee mit den Patenschaften:

In Lüneburg kam schnell das Bedürfnis auf, den Tsunami-Opfern zu helfen: Man wollte die Hilfe schnell, wirksam, nachhaltig, langfristig, spürbar und für die Spender transparent und nachvollziehbar gestalten. Zudem sollte die Hilfe auf viele Schultern verteilt werden.

Doch woher sollte das Geld für langfristige Hilfe kommen? Ein einfacher Spendenaufruf wirkt nur kurzfristig. Die Idee der „Lüneburger Paten“ brachte die Lösung. Sie kam von Herrn Carsten Junge, Leiter des Vorstandssekretariates der Sparkasse Lüneburg: Paten sollten gesucht werden, die für mindestens drei Jahre 25 € im Monat für die Tsunami-Hilfe spenden.

Vor dem öffentlichen Aufruf, Patenschaften zu übernehmen, telefonierten Herr Junge und Herr Steiner bereits mit den Unternehmen der Region und erreichten im Nu die Zusagen für 200 Patenschaften. Danach wagten sie auch den ersten öffentlichen Aufruf in der Landeszeitung am 08. Januar 2005. Ein „Paten-Coupon“ mit einer Kontonummer der Sparkasse, wurde in den folgenden Ausgaben der Lüneburger Zeitung abgedruckt. In nur wenigen Tagen kamen 1027 Patenschaften von vielen Einzelpersonen, Firmen, (insb. vom De-Vau-Ge Gesundheitswerk der Lüneburger Rennbahn) und Schulklassen zusammen. Das bedeutete ein Finanzvolumen von 924.300 €. Dazu kamen noch Spenden in Höhe von ca. 100.000 € (insb. vom Lions Club Freyung/Grafenau und dem Roten Kreuz). Die Verwaltung der Spenden haben besonders das Büro des Oberbürgermeisters und die Sparkasse übernommen. Stadt, Landkreis, die Sparkasse und die Landeszeitung arbeiteten eng zusammen. Die Schirmherrschaft übernahmen entsprechend Oberbürgermeister Ulrich Mädge, Landrat Franz Fietz und Sparkassendirektor Holger Dressler.

Warum wollte Lüneburg ein eigenes Projekt und warum in Ambalangoda/Sri Lanka?

Die staatliche Hilfe wurde in Lüneburg für zu schwerfällig bzw. zu langsam gehalten. Viele Hilfsorganisationen erschienen Lüneburg überfordert. So wollte man es selbst wagen.

Es existierten bereits private Kontakte zwischen Lüneburg und dem Ort Ambalangoda an der vom Tsunami betroffenen Südwestküste Sri Lankas. Ambalangoda benötigte dringend Hilfe: Der gesamte Küstenstreifen war auf einer Breite von ca. 1 Kilometer zerstört. Die überleben-

den Familien hatten große Angst vor weiteren Tsunamis. Ca. 600 Familien waren obdachlos geworden und lebten in katastrophalen Verhältnissen auf den Ruinen ihrer Häuser und bald darauf in provisorischen Holzhütten in Flüchtlingskamps. Lüneburg entschied sich also, hier aktiv zu werden.

Schnell fanden sich für mögliche Projektideen auch kompetente Ansprechpartner vor Ort. Die Projektträger waren das deutsche Technische Hilfswerk, das Baumaßnahmen professionell und schnell durchführen konnte, sowie die kleine deutsche Nichtregierungsorganisation „Sunils Friends“, die ortskundig und der Landessprache mächtig vor allem die soziale Betreuung und die Auswahl der bedürftigen Familien übernahm. Die politischen Entscheidungsträger, die für Ambalangoda verantwortlich sind, ließen die Hilfe überdies zu und förderten sie sogar.

Konkrete Maßnahmen:

Durch eine Vorfinanzierung von der mitinitiiierenden Sparkasse konnten die Maßnahmen sehr schnell anlaufen. Bis Juni 2006 wurde folgendes erreicht:

- Bau einer Siedlung im Hinterland: 76 Reihenhäuser für ca. 450 Menschen, inklusive Infrastruktur mit Wasserversorgung, Straßenanbindung, Gemeinschaftshaus, Müllkonzept, Mobilitätskonzept, Ladenzeile. Die Städte Leipzig und Bochum unterstützten den Siedlungsbau mit 25% der Gesamtkosten.
- Wiederaufbau der Schule in Hikkaduwa, 8 Kilometer von Ambalangoda entfernt, für ca. 800 Schüler. Das St. Marienkrankenhaus in Hamburg unterstützte diese Maßnahmen unkompliziert und schnell.
- Ausstattung des örtlichen Krankenhauses mit Matratzen und Toiletten, Neuausstattung des Kinderbereiches, Anschaffung von einfachen medizinischen Gerätschaften. Das Krankenhaus stellt die medizinische Versorgung für die ca. 70.000 Einwohner der Region.
- 13 besonders bedürftige Großfamilien wurden durch gesonderte Patenschaften mit monatlich 40 € für ein Jahr versorgt. Zumeist haben diese Familien die versorgenden Väter oder Mütter verloren.

Alle Projekte wurden in enger Abstimmung von THW und Sunils Friends und in guter Kooperation mit den Lüneburger Akteuren durchgeführt sowie in Kooperation mit Leipzig durch die Servicestelle Partnerschaftsinitiative bei InWEnt.

Erfolgsfaktoren:

Die Idee der Lüneburger Paten hat für das Engagement Lüneburgs finanzielle Kontinuität geschaffen.

Die enorme Resonanz auf das Patenschaftsmodell ist dem einmaligen Ereignis der Tsunami-Katastrophe geschuldet, sie ist aber auch Ergebnis einer konzertierten Aktion wichtiger kommunaler Akteure (Stadt, Landkreis, Bank, Zeitung), die es nicht bei Lippenbekenntnissen beließen, sondern jeweils ihren Teil: politische Überzeugungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Logistik, Sponderbetreuung, Finanzabwicklung professionell und vertrauensvoll erledigt haben.

Für den Erfolg des Projektes war und ist eine feste Finanzbasis und der in Lüneburg vorhandene politische Wille Voraussetzung. Vor Ort zählt dann entwicklungspolitische und technische Kenntnis, die unbedingt professionelle Projektträger erfordert. Durch die Kooperation mit dem THW und Sunils Friends war auch dies gegeben.

Ausblick:

Lüneburg wird ihrer Siedlung in Ambalangoda die Treue halten und weiterhin in Kontakt bleiben. Eine beträchtliche Summe aus der Patenschaftsaktion ist auch nach den genannten Maßnahmen noch vorhanden. Nun wird ein weiterer Krankenhausbau angestrebt. Die Zusammenarbeit mit THW und Sunils Friends wird für kommende Maßnahmen fortgesetzt.

3.8. Ende der Fachtagung: Lessons learned

Zusammengefasst von **Ulrich Nitschke**, Leiter der SKEW

Die Finanzierung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit ist kein leichtes Unterfangen. Finanzierung ist notwendig, aber die kommunalen Kassen sind zumeist leer. Was also tun? Hier heißt es von Vorbildern wie Hamburg, dem Rhein-Sieg-Kreis und Lüneburg zu lernen.

Was am Anfang des kommunalen Engagements stehen sollte:

- Die Idee eines konkreten Projektes mit einem nach Möglichkeit bereits bekannten Partner aus dem Süden oder Osten; zumeist lassen sich nur damit Drittmittel gezielt einwerben und weitere Partner überzeugen, das Projekt mit zu tragen.
- Ein breiter politischer Konsens, denn die überparteiliche Trägerschaft des Projektes – sowohl in der deutschen wie in der Partnerkommune – sichert seinen Bestand auch über politische Wechsel hinaus.
- Wenn möglich eine zivilgesellschaftliche Verwurzelung des kommunalen Engagements, denn so lassen sich die Bürgerinnen und Bürger von dem kommunalen Engagement leichter überzeugen und sind eventuell bereit, hierfür zu spenden.

Ansätze dafür bieten zum Beispiel politische Begegnungen durch Delegationsreisen, lebendige zivilgesellschaftliche Initiativen in der deutschen Kommune, die sich schon länger für die Partnerkommunen engagieren; hierzu gehören natürlich gerade auch engagierte Migrantengruppen aus der Partnerregion.

Wie man das Projekt in Gang setzt. Die magischen Worte heißen: Vernetzung und Kooperation!

- Bei der Projektkonzeption und -umsetzung: Für die inhaltliche Ausgestaltung des Projektes und für die Umsetzung des Projektes vor Ort brauchen deutsche Kommunen entwicklungs- politisch erfahrene Partner, denn Kommunen haben kommunales Know-how, das sie weitergeben können und wollen, oft aber nicht das Wissen, wie sie dies in einem Entwicklungs- oder Transformationsland adäquat anbringen können. Alle Beispiele der Fachtagung zeigen eine enge Zusammenarbeit der Kommunen mit professionellen entwicklungspolitisch versierten Organisationen bei der Projektumsetzung. Es ist im Übrigen von großem Vorteil, wenn diese Organisation schon länger im Land der Partnerkommune tätig und anerkannt ist.
- Bei der Projektfinanzierung: Verschiedene, erfolgreiche Modelle zur Eigenfinanzierung existieren schon in Kommunen sowie bei den entwicklungspolitisch erfahrenen Partnern. Solche Modelle schonen auch die kommunalen Budgets. Der Erfahrungsaustausch mit anderen deutschen Kommunen wie mit Umsetzungsorganisationen ist überaus sinnvoll. Insbesondere wenn eine Kommune eine Möglichkeit der EU-Förderung für das eigene Projekt entdeckt hat, sollte sie sich professionell etwa durch Consulting-Firmen oder die lokalen EU-Delegationen beraten lassen. Ohne Beratung verfehlen diese Projektanträge leicht ihr Ziel: der Kater ist nach dem Misserfolg umso größer, je arbeitsintensiver die Anträge waren.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist nichts für einsame Helden und Retter, die für ihre Reputation oder für politisches Ansehen alleine losziehen. Das widerspricht auch dem Partnerschaftsgedanken. Es geht hier um Teamarbeit: geteilte Last, vereinte Kompetenz und gemeinsamer Erfolg.

Die Finanzierung sichern:

- Die Finanzgrundlage eines entwicklungspolitischen Projektes muss eine gewisse Kontinuität aufweisen, denn Entwicklungszusammenarbeit endet nicht nach dem (Wieder-) Aufbau eines Gebäudes oder eines Brunnens. Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit stößt Prozesse an, die mehrere Jahre dauern können. Zumindest bis zu einer wichtigen Wegmarke dieses Prozesses sollte auch die Finanzierung stehen. Auch für die deutsche Kommune entfalten sich die möglichen positiven Wirkungen einer Partnerschaft nicht ad hoc. Alle Beispiele der Fachtagung haben eine Kontinuität der Finanzgrundlage auf verschiedene Weise hergestellt: durch die Bindung von Paten über mehrere Jahre in Lüneburg (Mittelherkunft: kommunale Bevölkerung und Unternehmen), durch die kontinuierliche Restcent-Aktion in Hamburg (Mittelherkunft: Stadt-/Landesangestellte), durch die erfolgreiche Beantragung der EU-Mittel im Rhein-Sieg-Kreis.
- Was ebenfalls alle Beispiele aufweisen, im Hinblick auf die Finanzierung am prägnantesten bei der Partnerschaft des Rhein-Sieg-Kreises, ist die Verteilung der Lasten auf viele Schultern. Die meisten deutschen Kommunen, zumal kleinere, können ein entwicklungspolitisches Projekt finanziell alleine kaum stemmen. Das wichtigste für sie sind Partner im Geiste, die auch einen Teil der finanziellen Last übernehmen: andere Kommunen zum Beispiel (Beispiel Lüneburg, bei dem auch Leipzig und Bochum in die Neubausiedlung investiert haben; Beispiel Rhein-Sieg-Kreis, bei dem das italienische Spoleto Kurzeitexperten beisteuert) oder Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und Kirchen, die in der selben Region an ähnlichen Projekten arbeiten bzw. von der Projektidee der Kommune überzeugt werden können und daher auch bereit sind, eine Ko-Finanzierung zu übernehmen. (Natürlich ist es auch anders herum möglich, dass Kommunen in Projekte solcher Organisationen einsteigen.) Für die Nachhaltigkeit des Projektes wichtig, das ist ebenfalls vom Rhein-Sieg-Kreis und Hamburg zu lernen, ist die finanzielle/personelle Eigenbeteiligung der Partner im Süden und Osten. Es ist eine Binsenweißheit, dass das, was man sich selbst mit erarbeitet hat, höhere Wertschätzung genießt als der berühmte geschenkte Gaul, dem man bekanntlich nicht ins Maul schaut.

Kreativität, Kooperation, Erfahrungsaustausch und Beratung sind zentrale Wegmarken, um mit kommunalen Entwicklungsprojekten Erfolg zu haben. Das sind oft komplexe Vorgänge, die Zeit, Arbeit und Umsicht verlangen. Es ist daher nur zu verständlich, wenn sich bei manchem Besucher unserer Fachtagung ein mangelndes Gefühl der Befriedigung einstellt. In der Entwicklungszusammenarbeit allgemein muss man sich jedoch von Blaupausen verabschieden. Die Finanzquelle Y und das Schema X zur Durchführung kommunaler Entwicklungsprojekte gibt es nicht.

Es ist und bleibt aber unendlich schade, wenn kommunale Projekte an der Finanzierung scheitern, obwohl in den Kommunen nicht nur alles gut gedacht, sondern auch vieles richtig gemacht wurde. Wo Kommunen die Verantwortung übernehmen wollen, ihren Beitrag zur Entwicklung in der Einen Welt zu leisten, können und sollten Bund und Länder noch mehr tun.

Das Beratungsangebot der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht in jedem Fall zu Ihrer Verfügung. Was Sie erhalten: Informationen und Erfahrungswissen, Konzepte und Kontaktadressen im persönlichen Beratungsgespräch in Ihrer Kommune.

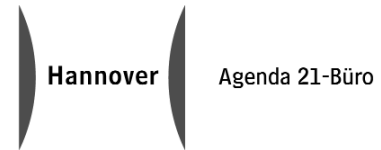
3.9. Danksagung

Unser herzlicher Dank gilt den Referentinnen und Referenten und ebenso den regen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den engagierten deutschen Kommunen sowie ihren Arbeitgebern, die sie alle für diese Fachtagung freigestellt haben.

Großen Dank verdienen auch die Akteure der Stadt Hannover für ihre Gastfreundschaft und die kostenlose Bereitstellung der Räumlichkeiten und vorhandenen Technik sowie für die reibungslose Kooperation.

Last but not least bedankt sich die SKEW bei der Moderatorin Carola Schede, die lebendig und aktivierend durch den Tag geführt hat, bei der Fotografin, Karin Blüher, für die schönen Erinnerungsbilder und bei dem Regionalzentrum Niedersachsen von InWEnt für die guten Tipps und die kollegiale Unterstützung.

Anlage 1



Programm

Finanzierungsmöglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Montag, 19.06.2006, 9:30 – 16 Uhr

Ort: Gobelinsaal, Neues Rathaus

Moderation: Carola Schede, NDR

- 9:30 – 10:00 Uhr** **Grußwort**
Oberbürgermeister Dr. hc. Herbert Schmalstieg
- Eröffnung**
Ulrich Nitschke, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
- 10:00 – 10:45 Uhr** **EU-Förderpolitik im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit**
Marco Stüber, Dieter Meyer Consulting
- Anschließende Fragen**
- 10:45 – 12:00 Uhr** **Besuch der UN Millennium Gates am Georgsplatz und Vortrag über die Millenniums-Entwicklungsziele**
Christiane Becker, bundesweite Koordinatorin der UN-Gates
- 12:00 – 13:00 Uhr** **Mittagspause**
- 13:00 – 14:30 Uhr** **Erfahrungsberichte:**
- Restcentaktion für Nord-Süd Städtepartnerschaft Hamburg-León
Wolfgang Grätz, Senatskanzlei Hamburg und Heidrun Herrmann, Freundeskreis León-Hamburg e.V.
 - EU-Dreieckspartnerschaft des Rhein-Sieg-Kreises in Kambodscha
Hans Clasen, Schulamt für den Rhein-Sieg-Kreis
 - Post-Tsunami-Partnerschaftsprojekt in Ambalangoda, Sri Lanka
Christoph Steiner, Landeszeitung für die Lüneburger Heide
- 14:30 – 14:50 Uhr** **Kaffeepause**
- 14:50 – 15:45 Uhr** **Impulsreferat und Erfahrungsaustausch**
Carola Schede, NDR
- 15:45 – 16:00 Uhr** **Schlusswort**
Ulrich Nitschke, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
-

Anlage 2

Kurzprofile der Referent/Innen

Marco Stüber ist seit 1997 als Senior Berater bei MCON Dieter Meyer Consulting GmbH in Oldenburg tätig und arbeitet dort im Themenfeld der EU-Förderpolitik und Projektentwicklung. MCON Dieter Meyer Consulting GmbH ist seit 1983 in der EU-Beratung tätig (seit 1993 unter Firmierung MCON) und ist damit eines der ersten Büros, das sich explizit mit der EU-Beratung befasst. Die Firma dient darüber hinaus als offizielle Informationsstelle der EU-Kommission („Europe Direct Oldenburg“).

Christiane Becker koordiniert den bundesweiten Einsatz der Installation „UN Millennium Gates“, ein Kooperationsprojekt zwischen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt mit der deutschen UN-Millenniumskampagne. Auf acht Tore werden die Millennium Entwicklungsziele zusammen mit aufschlussreichen Fakten und Hintergrundinformationen dargestellt. Zusätzlich zur Koordination der „UN-Tore“ arbeitet Frau Becker als selbständige Beraterin im Bereich des Veranstaltungs- und Kundenmanagement, Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit und E-Learning für InWEnt, GTZ sowie deutsche Kommunen und NROen.

Heidrun Herrmann ist seit 1997 Mitglied des Nicaragua-Koordinationskreises der Freien und Hansestadt Hamburg und seit 2002 Sprecherin dieses Kreises. Der Koordinationskreis ist eine Organisation aller staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen sowie privater Personen die Beziehungen zur Hamburger Partnerstadt León pflegen. Frau Herrmann ist außerdem seit 2003 erste Vorsitzende des Freundeskreis León-Hamburg e.V., die Durchführungsorganisation der Restcent-Aktion der Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg. Im Auftrag der Senatskanzlei werden die Restcent-Projekte durch diese Organisation abgewickelt.

Wolfgang Grätz ist seit 2001 Leiter des Referats Entwicklungspolitik in der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit Hamburgs, zugleich im Kontext nachhaltiger Entwicklung auf lokaler und globaler Ebene, fördert die Senatskanzlei Projekte von Hamburger Trägern in Entwicklungsländern und die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Hamburg selbst. Damit verbunden ist die Zuständigkeit für die seit 1989 bestehende Städtepartnerschaft Hamburgs mit León, Nicaragua, die auf einer breiten Basis bürgerschaftlichen Engagements gründet.

Johann Clasen ist Abteilungsleiter im Schulamt für den Rhein-Sieg-Kreis. Parallel dazu koordiniert er seit 2001 das Projekt zur Unterstützung des Aufbaus von Kommunalverwaltungen in Kambodscha. Herr Clasen hat seit 1984 mehrere Positionen im Rhein-Sieg-Kreis ausgeübt, u.a. als Leiter des Kreistagsbüros und als Verwaltungsbüroleiter im Planungsdezernat. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung erledigt der Rhein-Sieg-Kreis übergemeindliche Aufgaben für seine 19 Städte und Gemeinden, u.a. Natur- und Landschaftsschutz, Abfallbeseitigung und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Christoph Steiner ist seit Anfang 1992 Chefredakteur der Landeszeitung für die Lüneburger Heide. Die LZ stellt den Überregionalteil für fünf weitere Zeitungen zwischen Hamburg und Hannover her, versteht sich aber in erster Linie als Lokal- und Heimatzeitung. Das Lüneburger Tsunami-Hilfsprojekt „Lüneburger Paten“ wird getragen von der Stadt und dem Landkreis Lüneburg, der dortigen Sparkasse und der Landeszeitung. Zu den Projektpartnern gehören die Städte Leipzig und Bochum.

Anlage 3

Liste der Teilnehmer/Innen

Name	Vorname	Organisation/Einrichtung	PLZ	Ort
Becker	Christiane	UN-Kampagne / InWEnt gGmbH	61440	Oberursel
Clasen	Hans	Schulamts für den Rhein-Sieg Kreis	53721	Siegburg
Erickson-Muschko	Sarah	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt	53113	Bonn
Fischer	Manfred	BUND-Agenda 21/Sonne für Reinbek e.V.	21521	Wohltorf
Germain	Marlene	Niedersächsische Staatskanzlei	30169	Hannover
Gräf	Michael	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt	53113	Bonn
Gramckow	Beate	Stadt Lippstadt, Fachbereich Planen und Umwelt	59555	Lippstadt
Grätz	Wolfgang	Senatskanzlei Hamburg	20354	Hamburg
Günzel	Heinrich	Heinrich-Böll-Haus Lüneburg / VEN	21335	Lüneburg
Held	Ulrich	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt	10963	Berlin
Herrmann	Heidrun	Freundeskreis León-Hamburg	21075	Hamburg
Herrmann	Jörg	Stadtverwaltung Guben	03172	Guben
Hesse	Silvia	Agenda-21 Büro der Landeshauptstadt Hannover	30519	Hannover
Höbermann	Christine	Dritte Welt Forum in Hannover e.V.	30159	Hannover
Köstens	Nicola	Agenda-Büro der Stadt Dortmund	44122	Dortmund
Kreuter	Gertrud	InWEnt Regionales Zentrum Niedersachsen	30195	Hannover
Küßner	Dieter	CDU-Ratsfraktion Hannover	30159	Hannover
Leitermann	Walter	Deutscher Städtetag	50968	Köln
Leptien	Volker	Partnerschaft Afrika e.V., Geesthacht	21497	Geesthacht
Leyva	Nicolaus	Amt für Umweltschutz der Landeshauptstadt Stuttgart	70182	Stuttgart
Mourmouri	Eleni	Landeshauptstadt Hannover	30159	Hannover
Nitschke	Ulrich	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt	53113	Bonn
Schaer	Grete	Frauenwerk Ev. LK	31582	Nienburg
Schede	Carola	NDR Studio Oldenburg	26340	Zetel
Schmalstieg, Dr. h.c.	Herbert	Stadt Hannover	30159	Hannover
Schröder	Werner	Stadt Werther (Westf.)	33824	Werther/Westf.
Shylmover	Milhaylo	Agenda-21 Laatzen	30880	Laatzen
Sievers, Dr.	Sielke	Niedersächsische Staatskanzlei	30169	Hannover
Soufiani	Ramin	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH	53113	Bonn
Steiner	Christoph	Landeszeitung für die Lüneburger Heide	21335	Lüneburg
Stüber	Marco	Dieter Meyer Consulting GmbH, Oldenburg	26123	Oldenburg
Syguda	Norbert	Gemeindeverwaltung Altstadt	63674	Altstadt
Wachsmann	Lutz	Stadt Hilden	40721	Hilden
Winter, Dr.	Peter	InWEnt Regionales Zentrum Niedersachsen	30195	Hannover
Zur	Angela	InWEnt Regionales Zentrum Niedersachsen	30195	Hannover

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage www.service-eine-welt.de vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 7: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004.
- Heft 8: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005.
- Heft 12: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005.

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
 - Nr. 2: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
 - Nr. 3: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
 - Nr. 4: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgrei-
-

- chen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 6: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema „Internationale Gärten in Deutschland“ 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15: ModeratorInnen-Briefing. Thementeams bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
- Nr. 18: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar–Juli 2005.
- Nr. 19: Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20: Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 21: „Finanzierungsmöglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ Dokumentation der Fachtagung vom 19.06.2006.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003)
 - Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003)
 - Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004)
 - Über uns – Flyer der Servicestelle. (Januar 2005)
 - Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch]
 - Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005)
-

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle (in Englisch vergriffen; Deutsch verfügbar)
- Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch)
- Dokumentationen „Petersberger Gespräch“/„Petersberg Dialogue“ am 18.06.2002. [vergriffen]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005.

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes „Kommunen in der Welt“. Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation „Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation.“ 12–13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30–31 May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch] [vergriffen]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.v. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage: www.service-eine-welt.de.

Über uns



Alte Gegensätze überwinden, neue – kommunal erprobte – Lösungswege aufzeigen, das ist die Herausforderung und der Arbeitsalltag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnerorganisationen suchen wir nach konkreten Problemlösungen für die kommunale Praxis.

Fünf Zukunftsthemen und die vielfältigen Serviceangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt haben zum Ziel, den bestehenden Handlungsspielraum der Kommunen – den der Entscheider in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – zu beleben und zu erweitern. Sie werden als Chancen und Herausforderungen zur Stärkung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit angesehen – als Potenzial zur Entwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien.

Die Zukunftsthemen und die dazugehörigen Beratungstools für lokale Akteure sind eng verknüpft. Ziel ist es, die kommunale Selbstverwaltung zu beleben. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit – d.h. die Multikulturalität und Internationalität der deutschen Kommunen, ist dabei eine erstaunlich ergiebige Ressource, die bisher kaum genutzt wird.

- Der Bürger- und Beteiligungshaushalt – Lernen im Nord-Süd-Dialog
Transparenz und Bürgerbeteiligung erweitern den kommunalen Handlungsspielraum und die politische Gestaltung – trotz leerer Kassen.
- Stärkung und Ausbau kommunaler Partnerschaften – Eine Welt beginnt vor Ort
Kommunale Partnerschaften erweitern die Lösungskompetenz von Politik, Verwaltung sowie Nichtregierungsorganisationen. Wir helfen Ihnen bei der Gründung nachhaltiger Partnerschaften – nicht nur für die von der Tsunami betroffenen Regionen.
- Faires Miteinander – Die interkulturell kompetente Kommune im Jahr 2012
Die Nachfrage aus kommunalen Verwaltungen zu interkulturellen Themen wächst.
- Faires Beschaffungswesen – Der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels
Fair gehandelter Kaffee wird bisher nur in den wenigsten Rathauskantinen getrunken. Und zum Handeln gibt es mehr als Kaffee!
- Kulturen der Welt vor Ort – ein reizvolles Thema für Stadt und Land
Kultur spielte lange Zeit in Agenda-Prozessen und Eine-Welt-Arbeit kaum eine Rolle. Dieses Thema stärkt das kommunale Image.

Kontakt:

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40
D – 53113 Bonn
Tel: 0228/4460-1600
Fax: 0228/4460-1601

info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH steht für Personal- und Organisationsentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit. Ihre Angebote richten sich an Fach- und Führungskräfte und an Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und erreichen jährlich rund 55.000 Personen.

Die Programme und Maßnahmen von InWEnt zielen darauf, Veränderungskompetenzen auf drei Ebenen zu fördern: Sie stärken individuelle Handlungskompetenzen, erhöhen die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen und verbessern die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf politischer Ebene. Das methodische Instrumentarium ist modular verfügbar und wird den jeweiligen Anforderungen lösungsgerecht angepasst. Neben face-to-face-Situationen in Bildungs-, Austausch- und Dialogveranstaltungen nimmt die Vernetzung durch E-Learning einen breiten Raum ein. Die Partner von InWEnt sitzen gleichermaßen in Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern.

Gesellschafter von InWEnt sind die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die deutsche Wirtschaft und die Länder.

InWEnt entstand in 2002 durch die Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) und Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE).

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Fon: +49 (0)2 28 – 4460 – 0
Fax : +49 (0)2 28 – 4460 – 1766
www.inwent.org

